

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

09.04.2024

Inhalt

EWN

1 Netzbetreiber Fluxys steigt bei LNG-Leitung ein <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 09.04.2024</i>	3
2 Entscheidung gefordert: Wohin mit Jülichs Atommüll? <i>aachener-zeitung.de, 05.04.2024</i>	4
3 »Neben Tschernobyl ist Saporischschja das Kernkraftwerk mit dem geringsten Gefahrenpotenzial« <i>SPIEGEL+, 08.04.2024</i>	6

Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 09.04.2024 | S. 10

Auflage: 8.242 | Reichweite: 24.426

🔗 dpa/OZ

PIPELINE KANN MITTELFRISTIG AUCH FÜR WASSERSTOFF GENUTZT WERDEN

Netzbetreiber Fluxys steigt bei LNG-Leitung ein

Gascade verkauft 25 Prozent an den belgischen Unternehmer

Gascade verkauft 25 Prozent an den belgischen Unternehmer. Fluxys Deutschland und Gascade sind bereits Miteigentümer der Europäischen Gas-Anbindungsleitung (EUGAL), die von Lubmin bis nach Tschechien führt.

Der belgische Netzbetreiber Fluxys beteiligt sich an der Ostsee-Anbindungsleitung (OAL) zwischen dem umstrittenen LNG-Terminal in Mukran und Lubmin. Dazu habe die Tochter Fluxys Deutschland GmbH 25 Prozent der Anteile an OAL vom Fernleitungsnetzbetreiber Gascade erworben, teilten beide Unternehmen am Montag in Düsseldorf mit.

Die rund 50 Kilometer lange Pipeline verbindet das

Terminal in Mukran mit dem Gasleitungsknotenpunkt in Lubmin. Fluxys will die Transportkapazitäten künftig eigenständig vermarkten. „Wir sehen in der Investition einen weiteren Baustein, um eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten und gemeinsam mit bewährten Partnern eine multi-molekulare Infrastruktur für eine klimaneutrale Zukunft aufzubauen“, sagte Fluxys Deutschland-Geschäftsführer Friedrich Rosenstock.

 aachener-zeitung.de | 05.04.2024

 Burkhard Giesen

 WEBLINK

Entscheidung gefordert: Wohin mit Jülichs Atommüll?

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan hat Bund und Land aufgefordert, endlich über den Verbleib der in Jülich eingelagerten knapp 300.000 radioaktiven Brennelemente-Kugeln aus dem alten Jülicher Hochtemperaturreaktor zu entscheiden. Die sind derzeit noch in einem nicht genehmigten Zwischenlager auf dem Gelände des Forschungszentrums untergebracht.

Seit Jahren verfolgt die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) mehrere Entsorgungsoptionen und hat zuletzt erste Probetransporte der Castoren in das Zwischenlager Ahaus veranlasst. Parallel wird der Neubau eines Zwischenlagers in Jülich geplant. Eine Entscheidung durch die zuständigen Ministerien, welche Option abschließend umgesetzt werden soll, ist insbesondere zwischen Land und Bund strittig, weil die schwarz-grüne Landesregierung Castoren-Transporte möglichst vermeiden will. In einem Brief an NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst sowie an die zuständigen Bundesministerinnen Steffi Lemke und Bettina Stark-Watzinger sowie an die NRW-Ministerin Mona Neubaur schreibt Nietan nun: „Es ist eine politische Frage. Und weil es eine politische Frage ist, muss sie auch von der Politik jetzt unverzüglich beantwortet werden!“ Nietan wirft Bund und Land vor, mit dem „bisherigen ‚Nichtentscheiden‘ dieser drängenden“ Frage der „Gesamtverantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in der Frage des Umgangs mit dem dort immer noch verbliebenen Atommüll“ nicht gerecht zu werden.

Dabei spricht sich Nietan klar dafür aus, „jetzt endlich die entsprechenden Beschlüsse für den Abtransport der auf dem Gelände des Forschungszentrums befindlichen Brennelemente in das dafür geeignete Zwischenlager Ahaus zu fassen.“ Das, betont Nietan, liege „im Sinne einer sachgerechten Zwischenlagerung des Atommülls als auch aus forschungspolitischen Gründen und erst recht im Sinne eines verantwortlichen Umgangs mit Steuergeldern eigentlich auf der Hand.“ Für Nietan scheidet der Neubau eines Zwischenlagers aber nicht nur deshalb aus, weil nicht nur „mindestens 450 Millionen Euro Steuergelder für den Bau und Betrieb auf 50 Jahre gerechnet“ aufgebracht wer-

den müssten, sondern auch, weil der genehmigungsrechtlich schon längst nicht mehr haltbare „Schwebezustand der Lagerung der Brennelemente im Forschungszentrum Jülich noch einmal um mindestens eine Dekade“ verlängert werden müsste.

Nietan kann sich auch eine Spitze gegen den grünen Koalitionspartner nicht verkneifen: „Für langwierige Diskussionsrunden an runden Tischen, wie sie jetzt einige Kollegen von mir fordern, gibt es einfach keine Zeit mehr.“ Grünen-Bundesvorsitzender Omid Nouripour hatte das bei einem Besuch in Jülich im Gespräch mit unserer Zeitung gefordert. Eine unverzügliche Entscheidung über die Castor-Transporte oder den Neubau eines Zwischenlagers fordert der Dürener Bundestagsabgeordnete aber auch noch an anderer Stelle ein. In zwei Schreiben an die Aufsichtsratsmitglieder der JEN und des Forschungszentrums bittet Nietan die Mitglieder „mit Nachdruck darum“, sie mögen im Aufsichtsrat einen Beschluss herbeiführen, „der Bund und Land auffordert, dem Abtransport der Brennelemente nach Ahaus den Vorzug zu geben und endlich auf den Weg zu bringen.“

Dass die Vorbereitungen dazu auf Landesebene schon angelaufen sind, obwohl die Landesregierung Atomtransporte eigentlich minimieren wollte, machte zuletzt Mitte März in einem schriftlichen Bericht an den Innenausschuss des Landtages NRW-Innenminister Herbert Reul deutlich. Das Ministerium bestätigt in dem Bericht, dass die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) beziehungsweise die mit dem Transport beauftragte Firma bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), „einen Antrag auf Einzeltransport der 152 Castoren“ gestellt hat. Zwar sei das Ministerium an einer Entscheidung „für oder gegen einen Transport von Jülich nach Ahaus“ nicht beteiligt, treffe aber dennoch „in Vorbereitung auf die zu erwartende Genehmigung und eine dann durchzuführende Transportbegleitung bereits jetzt die notwendigen polizeilichen Maßnahmen“.


So hat das Ministerium die Kreispolizeibehörde Münster „für mögliche polizeiliche Einsatzanlässe im Zu-


sammenhang mit dem Transport radioaktiver Stoffe von Jülich nach Ahaus mit der Aufgabenwahrnehmung betraut“. Liegt eine Genehmigung für die Transporte vor, werde die Behörde „in einer angemessenen und zwingend benötigten Vorbereitungszeit von mindestens acht Wochen die polizeiliche Begleitung des Transportes planen“, schreibt das Ministerium. Reul verweist aber auch darauf, dass 152 Einzeltransporte eine besondere personelle Herausforderung darstellen würden. So werde die Kreispolizeibehörde „die Lage beurteilen und den erforderlichen Kräfteinsatz festlegen. Wann aus polizeilicher Sicht eine Transportbegleitung möglich ist, hängt maßgeblich von den die polizeiliche Einsatzbewältigung bestimmenden Faktoren (Sicherheitslage, Versammlungslagen, Fußballspiele, dazu gehört auch die UEFA Euro 2024 etc.) und mithin auch der Verfügbarkeit polizeilicher Einsatzkräfte ab. Bereits jetzt ist abzusehen, dass für eine mögliche Transportbegleitung eine Vielzahl polizei-

licher Einsatzkräfte benötigt wird. Sollten Kräfte der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen im Einzelfall nicht auskömmlich sein, werden die Polizeien der Länder und des Bundes – wie in vergleichbaren Fällen – um Unterstützung ersucht“, schreibt das Ministerium.

Bemerkenswert ist noch ein anderer Umstand: Zum Schutz der eingesetzten Kräfte soll ein Strahlenschutzkonzept erstellt werden. „Ziel ist es, jede unnötige Strahlenbelastung zu vermeiden“, heißt es in dem Bericht. Dazu soll die „Aufenthaltsdauer im Nahbereich der Transportbehälter festgelegt“ und die Beamten mit Dosimetern ausgestattet werden. Klar ist für Reul aber auch: „Die Polizei wird nach Erteilung der Transportgenehmigung eine professionelle und umfassende Einsatzvorbereitung und Einsatzbewältigung der anfallenden Transportbegleitung sicherstellen und zudem den Schutz der eingesetzten Kräfte, insbesondere vor radioaktiven Stoffen, gewährleisten.“



 SPIEGEL+ | 08.04.2024

 Claus Hecking

 WEBLINK

ANGRIFFE AUF UKRAINISCHES AKW

»Neben Tschernobyl ist Saporischschja das Kernkraftwerk mit dem geringsten Gefahrenpotenzial«

Das ukrainische AKW Saporischschja ist von russischen Truppen besetzt. Nun wurde es von Drohnen attackiert. Strahlenschützer Clemens Walther erklärt, warum er eine nukleare Katastrophe für unwahrscheinlich hält.

Für Hiobsbotschaften ist Saporischschja immer gut. Zuletzt war es fast schon verdächtig ruhig rund um Europas größtes Atomkraftwerk, das Russlands Truppen zu Beginn ihres Angriffskrieges in der Ukraine eingenommen hatten. Doch am Wochenende kam es offenbar zu Drohnenangriffen auf die Meiler, die nur wenige Kilometer von der Front entfernt liegen.

Dreimal sei eine Reaktor-Schutzhülle getroffen worden, teilte Rafael Grossi, der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), auf dem Onlinedienst X (ehemals Twitter) mit. Die russischen Besatzer beschuldigen die Ukraine, hinter den Angriffen zu stehen; die Ukrainer streiten das ab.

Grossi zufolge sei diesmal zwar nicht die nukleare Sicherheit in Gefahr gewesen. Doch solche Attacken erhöhten »erheblich das Risiko eines größeren Nuklearunfalls«, warnt der IAEA-Chef.

Wie groß ist das Risiko, dass es beim Krieg rund um Saporischschja zum Super-GAU kommt, also einer unbeherrschbaren Reaktorkatastrophe mit großflächiger Kontamination der Umwelt, wie 1986 in Tschernobyl? Der SPIEGEL hat den renommierten Strahlenschutzexperten Clemens Walther von der Universität Hannover befragt.

SPIEGEL: Herr Walther, wie gefährlich ist die Lage rund um Saporischschja?

Walther: Es ist immer beunruhigend, wenn rund um ein Atomkraftwerk Kampfhandlungen stattfinden – und noch beunruhigender, wenn ein Kraftwerk direkt attackiert wird. Aber die Situation vor Ort ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht akut kritisch. Es sind keinerlei Anzeichen bekannt, dass Radioaktivität freigesetzt worden wäre. Und ich halte es auch für unwahr-

scheinlich, dass durch solche Drohnenangriffe schwere Schäden angerichtet werden. Neben dem lange stillgelegten Katastrophenreaktor von Tschernobyl ist Saporischschja zurzeit das Kernkraftwerk in der Ukraine mit dem geringsten Gefahrenpotenzial.

SPIEGEL: Wieso?

Walther: Weil das Kraftwerk schon im Herbst 2022 weitgehend abgeschaltet wurde. Nur einer von sechs Blöcken ist noch im »hot shutdown« mit erhöhten Temperaturen, bei dem aber auch keine Kernspaltung mehr stattfindet. Zum schlimmsten Szenario, einer Beschädigung im laufenden Betrieb, kann es also nicht mehr kommen.

SPIEGEL: Welches Szenario fürchten Sie am meisten?

Walther: Einen längeren Stromausfall. Dieser könnte dazu führen, dass die heruntergefahrenen Reaktorblöcke nicht mehr gekühlt werden können, durch den Zerfall der radioaktiven Spaltprodukte entsteht noch jahrelang einiges an Wärme.

SPIEGEL: Was würde dann passieren?

Walther: Ohne Kühlung würde das Wasser rund um die abklingenden Brennelemente erst heißer werden, dann verdampfen: am schnellsten im Block, der noch im »hot shutdown« ist. Nach einiger Zeit könnten sich Brennelemente verformen und Rohre aufplatzen. Wenn dann einmal weite Teile des Kerns frei liegen und sich die Brennstäbe über 1400 Grad Celsius aufheizen, könnte es womöglich zu einer Wasserstoffexplosion kommen.

SPIEGEL: Wie etwa 2011 beim Unglück von Fuku-

shima?

Walther: Ja, allerdings ist das Risiko hierfür in Saporischschja derzeit ein Vielfaches kleiner als im laufenden Betrieb. Nach eineinhalb Jahren Abschaltung ist die thermische Leistung vielleicht noch ein Hundertstel so groß. Dementsprechend hätten die Betreiber viel länger Zeit, auf den Ausfall der Kühlung zu reagieren: Statt ein paar Stunden bei laufendem Betrieb wären es jetzt einige Tage, vielleicht sogar mehr als eine Woche. Zudem haben die Reaktortypen in Saporischschja Wasserstoffabsorber, für eine Explosion müsste also sehr viel Wasserstoff freigesetzt werden. Und dann wäre immer noch fraglich, ob die Radioaktivität in die Umwelt gelangen kann. Dazu müssten mehrere Schutzeinrichtungen zerstört werden.

SPIEGEL: Wie gut ist Saporischschja gegen Angriffe von außen und verirrte Geschosse geschützt?

Walther: Dieser Reaktortyp ist auf den Absturz eines Flugobjekts mit einem Gewicht von zehn Tonnen bei einer Aufprallgeschwindigkeit von 750 km/h ausgelegt. Außen herum ist eine 1,80 Meter dicke Betonhülle, darunter eine weitere Stahlhülle, und dann gibt es noch den Reaktordruckbehälter, dazu den sogenannten biologischen Schild aus dickem Beton. Wenn man es darauf anlegt, einen dieser Reaktoren gezielt zu zerstören, kann man es schaffen. Aber es kann wohl nicht versehentlich passieren.

SPIEGEL: Halten Sie solche gezielten Angriffe für ausgeschlossen?

Walther: Ich kann mir nicht vorstellen, wer so etwas aus welchen Gründen tun sollte. Weder die russische noch die ukrainische Seite können Interesse daran haben, dass Radioaktivität freigesetzt wird.

SPIEGEL: Falls es doch passiert: Wie groß wäre die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung?

Walther: Wenn der Kern tatsächlich freigelegt wird und Radioaktivität austritt, muss man im Umkreis von 50 bis 100 Kilometern um das Kraftwerk mit einer Kontamination rechnen.

SPIEGEL: Und bei uns in Deutschland ?

Walther: Zweifellos würde hier in Mitteleuropa etwas ankommen, was wir messen können. Aber die Freisetzung wäre vielleicht um den Faktor 1000 geringer als 1986 in Tschernobyl, vor allem weil das Kraftwerk Saporischschja schon so lange abgeschaltet ist. Eine gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung in Deutschland, Österreich oder der Schweiz durch freigesetzte Stoffe aus Saporischschja ist für mich schwer vorstellbar.

SPIEGEL: Andere Atomkraftwerke in der Ukraine laufen trotz des Krieges noch im normalen Modus: In Riwne, Chmelnyzkyj und der Südukraine. Macht ihnen das Sorgen?

Walther: Zurzeit sind diese Kraftwerke weit von der Front entfernt und kein Ort von Kriegshandlungen. Aber klar ist: Solange diese Blöcke in Betrieb sind, ist das Gefahrenpotenzial viel höher als in Saporischschja.



Bildunterschrift: Ziel mysteriöser Angriffe: Das Atomkraftwerk Saporischschja im März 2023